

Sicherheitsdirektion  
Regierungsgebäude  
Rathausstr, 2  
Postfach  
4410 Liestal

Liestal, 21. April 2011

**Vernehmlassung zur  
Behördenvereinbarung zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns die obgenannte Vernehmlassungsvorlage zur Stellungnahme bis 29. April 2011 zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die Behördenvereinbarung zwischen den beiden Basel aus dem Jahre 1977 hat sich grundsätzlich bewährt, soll nun aber zur besseren Lesbarkeit neu gefasst werden. Aufgrund von zwei gleichlautenden Motionen aus beiden Parlamenten werden die Regeln der Zusammenarbeit des Grossen Rates und des Landrates (unter dem Begriff "Staatsvertrag") neu formuliert, wobei dabei einerseits bewusst auf die Schaffung von gemeinsamen Kommissionen BS/BL verzichtet wird, andererseits aber bis anhin bewährte Vorgehensweisen zur Koordination mehrerer Kommissionen festgeschrieben werden.

Die FDP BL begrüsst die Neufassung, welche in finanzieller und personeller Hinsicht keinerlei Auswirkungen zeitigt, unterbreitet Ihnen aber in inhaltlicher Hinsicht folgende Vorschläge:

- § 9 und 10: Wenn nach der 2. Lesung einer BL-Kommission oder im Landrat eine Differenz zu BS geschaffen wird, so sind bei uns drei Beratungen nötig.
- § 11 Abs. 2: Dieser Verweis stimmt nicht; es müsste wohl ein Verweis auf § 8 lit. A sein.
- § 12: NEU: „Institutionen mit BIKANTONALER Trägerschaft“
- § 14: STREICHEN: „...“, sofern sie nichts erhalten, was dieser Vereinbarung zuwiderläuft“
- § 15: NEU: „...auf das Ende eines KALENDERJahres“
- § 18: NEU: „Sie tritt auf 1. Januar 2012 in Kraft“.

Im Übrigen stimmen wir der Vorlage durchwegs zu.

Wir danken Ihnen für eine wohlwollende Aufnahme unserer Stellungnahme und

Mit freundlichem Gruss  
FDP Baselland



Michael Herrmann  
Parteipräsident



Daniele Ceccarelli  
Fraktionspräsident